

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Parteien</b>
Schlagworte	<b>Armeekritik</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Bühlmann, Marc  
Da Pozzo, François  
Gilg, Peter  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Da Pozzo, François; Gilg, Peter; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Armeekritik, 1982 - 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Linke und ökologische Parteien	4
Liberale Parteien	5
Konservative und Rechte Parteien	5

# Abkürzungsverzeichnis

**UNO** Organisation der Vereinten Nationen  
**SGB** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

---

**ONU** Organisation des Nations unies  
**USS** Union syndicale suisse

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

PARTEICHRONIK  
DATUM: 27.12.1982  
FRANÇOIS DA POZZO

Der Rückschlag, den die **Sozialdemokratische Partei (SP)** in der Stadt Zürich hinnehmen musste, wurde in seinem Ausmass als **«Erdrutsch» im politischen Kräfteverhältnis** bezeichnet. Der «Zerfall der Stammwählerschaft» alarmierte die höchsten Parteigremien. Der Misserfolg wurde insbesondere dem prononcierten Linkskurs der Stadtzürcher Parteiführung angelastet, was zu einer tiefen Spaltung der SP und einer eigentlichen Lähmung geführt habe. Parteipräsident Hubacher (BS) plädierte für einen dritten Weg zwischen linker und rechter Ideologie, für eine «Politik des Möglichen». Weitere Einbussen der Sozialdemokraten bei den Wahlen im Kanton Bern waren jedoch Indiz dafür, dass nicht nur die Flügelkämpfe für die Misserfolge verantwortlich gemacht werden konnten. Es scheint, dass die SP auch für eine wachsende Staatsverdrossenheit büsste, für die sie nur zum Teil verantwortlich war. Die Parteileitung arbeitete ein Schwerpunktpapier aus, das zur Überwindung der internen ideologischen Diskussion beitragen und den Kampf um konkrete politische Forderungen in den Vordergrund treten lassen sollte. Der SP-Fraktionspräsident, F. Morel (FR), rügte zwar die Parteiführung, da im Papier eine Analyse der Wahlniederlage fehle und forderte eine kompromisslosere Haltung gegenüber den Vertretern des linken Hügels. Obwohl viele Parlamentarier in der Sache ihrem Fraktionspräsidenten zuzuneigen schienen, wurden ebenfalls die von der Parteileitung formulierten politischen Schwerpunkte gebilligt.

Die am Parteitag von 1981 eingesetzte, **neue Programmrevisionskommission kam in ihrer Arbeit termingerecht voran**. Im neuen Entwurf wurde die Selbstverwaltung nicht mehr als einzige, sondern bloss als eine der Antworten zur Lösung der zukünftigen Probleme bezeichnet und gegen die notwendige, übergreifende Staatstätigkeit abgegrenzt. Die linke Kommissionsminderheit kritisierte die Vorschläge als unverbindlichen Steinbruch und wollte diese nur als Diskussionsbeitrag für eine basisdemokratische Parteivernehmlassung akzeptieren. Die Presse ihrerseits empfand die Anträge verglichen mit denjenigen der ersten, stärker alternativ orientierten Kommission als Abwendung von der Utopie, bezeichnete sie aber als Selbstbedienungsladen für alle innerparteilichen Tendenzen. Punkto Oppositionsrolle und Mitbeteiligung in Staat und Regierung gingen die entsprechenden Zielvorstellungen kaum über das Gedankengut des Winterthurer Programmes von 1959 hinaus; mit den Ideen der Selbstverwaltung trug es aber auch progressiveren Ansprüchen Rechnung. Die SP-Fraktion der Bundesversammlung stellte sich hinter den Entwurf, obwohl eine gewisse Weichheit der Linie nicht zu verkennen sei; auch der Parteivorstand stimmte den Mehrheitsanträgen deutlich zu. Obschon die Formulierung, Selbstverwaltung sei nur eine der möglichen Strategien auf einen Beschluss der Delegierten vom Vorjahr zurückging, akzeptierte der Vorstand am Parteitag 1982 die Streichung dieser ausdrücklichen Einschränkung (dabei wurde geltend gemacht, dass die Bedeutung der Selbstverwaltung im neuen Programm ohnehin relativiert worden sei). Kontroversen provozierte am Kongress in Lugano auch die ersatzlose Eliminierung des Feminismus-Kapitels, das freilich später in neuer Form wieder aufgenommen werden soll. Erfolg hatte andererseits ein Freiburger Antrag, der die Abschaffung des verfassungsmässigen Auftrages der Armee, für innere Ruhe und Sicherheit zu sorgen, sowie ein vollständiges Waffenausfuhrverbot forderte. Das Programm wurde schliesslich mit 85% Ja-Stimmen verabschiedet. Die Parteiführung zeigte sich vom Ergebnis befriedigt, da es gelungen sei, das parteipolitische Zentrum zu stärken.

In **Basel ging allerdings der innerparteiliche Spaltungsprozess weiter** und führte schliesslich zu einer Neugründung. Ein Parteischiedsgericht betrachtete zwar die Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschaften (ASG) als zulässig, da sie nicht als eigentliches Parteiorgan aufträte, folgte jedoch der Argumentation der klagenden Geschäftsleitung, dass die ASG Parteibeschlüsse nicht öffentlich bekämpfen dürfe. Nachdem es aber zu Ausschlüssen unbotmässiger Kantonsparlamentarier gekommen war, schritten die Rechtsdissidenten zur Gründung der **Demokratisch-Sozialen Partei Basel-Stadt (DSP)**, die sich als Erbin und Sachwalterin der traditionellen sozialdemokratischen Politik versteht. Um ihre Übereinstimmung mit den Baslern zum Ausdruck zu bringen, machten sich auch die Freien Gewerkschafter und Sozialdemokraten in Uster (ZH) diese Namensbezeichnung zu eigen. In der Zürcher Stadtpartei hingegen hatte der Wahlmisserfolg weder organisatorische noch personelle Konsequenzen. Die Partei rügte sowohl das Verhalten der rechtsoppositionellen Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als auch jene Sektion, die in den

Gemeinderatswahlen mit der äussersten Linken eine Listenverbindung eingegangen war. Die Delegiertenversammlung bestätigte die Parteiführung und lehnte einen Antrag ab, der eine Entwicklung wie in Basel provozieren wollte. Die Diskussion um den Kurs der Stadtpartei wurde im Herbst nochmals angefasst. Anlass war die Erklärung des SP-Regierungsrates, A. Bachmann, wegen Divergenzen mit der Partei auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Parteipräsident Hubacher reagierte in energischem Ton auf die Vorwürfe, die sich namentlich auf die Militär- und Energiepolitik und auf die Informationsreise einer SPS-Delegation in die DDR bezogen.

**Am 1. Mai fusionierte die SP Oberwallis mit der aus der 68er-Bewegung hervorgegangenen Alternativgruppierung «Kritisches Oberwallis» zur Sozialistischen Partei Oberwallis.** Der neuen Partei wurde nach langen Verhandlungen der faktische Status einer Kantonspartei zugestanden. Mit der SP Unterwallis zusammen besteht als gemeinsames Organ ein – allerdings praktisch kompetenzloses – kantonales Komitee.

Die **SPS protestierte zwar gegen die Frauenfelder Wehrschau**; andererseits nahm aber Parteipräsident Hubacher ebenfalls wiederholt und nicht zuletzt am Parteitag selber **klar Stellung gegen die Absicht der Jungsozialisten, eine Initiative zur Abschaffung der Armee zu lancieren.** Er begründete die Forderung nach einem Rüstungsreferendum gerade mit der grundsätzlich positiven Einstellung der Sozialdemokraten zur Landesverteidigung. Die Vorbereitungen für die Einreichung des entsprechenden Volksbegehrens will die SP nun alleine zu Ende führen; gut ein Viertel der notwendigen Unterschriften war bereits von der militärpolitisch radikaleren SAP gesammelt worden. Umgekehrt beschlossen die Jungsozialisten, ihre auch in den eigenen Reihen umstrittene Initiative von einem überparteilichen Komitee aus zu lancieren; zu dessen Konstituierung kam es jedoch vorläufig nicht. An ihrer Generalversammlung verabschiedeten die Jungsozialisten im weiteren 21 Thesen zur Jugendpolitik, in denen sie unter anderem die Legalisierung des Eigenkonsums von Cannabis-Produkten, die freie Wahl zwischen zivilem Ersatzdienst im Inland und Dritte-Welt-Einsatz sowie die Einrichtung von «Politotheken» als Infrastruktur für politische Basisaktivitäten forderten.<sup>1</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.1985  
PETER GILG

Nicht nur ein schärferes Profil, sondern **eine neue Identität suchte man weiterhin in der Sozialdemokratischen Partei (SP)**, die in den letzten Jahren noch ernstere Wahlverluste erlitten hat als die CVP. Dabei kam neben den beiden antagonistischen Flügeln, dem traditionell gewerkschaftlich-sozialpolitischen und dem von den neuen Bewegungen inspirierten «grünen», auch eine Tendenz zum Ausdruck, welche die Partei auf einen pragmatischeren Kurs zu führen strebt. Indem sie auf die Bedürfnisse der Marktwirtschaft eingeht, möchte sie gerade dem kleineren Unternehmertum gegenüber das Image der Wirtschaftsfeindlichkeit abstreifen. Den Kontakt mit einem dynamischen Unternehmertum suchte auch eine Studententagung über die neuen Technologien zu fördern, die von der Präsidentin der Wirtschaftskommission der SPS, L. Uchtenhagen, organisiert wurde, an der aber mit den Referenten N. Hayek und P. Arnold eher die Optik der Grosskonzerne vertreten war. Parteipräsident H. Hubacher forderte seinerseits dazu auf, den Gegebenheiten mehr Rechnung zu tragen. Da die Bevölkerung sich in der Schweiz trotz aller Kritik im Grunde doch wohl fühle, müsse man in der Opposition Mass halten und sich von allzu radikalen Tendenzen – wie etwa einer prinzipiellen Armeegegnerschaft – abgrenzen. Für eine Abgrenzung gegenüber sozialistischen Diktaturen, Bürokratie und utopischen Fixierungen plädierte auch der Genfer Nationalrat R. Longet. Im Sinne der ökologischen Tendenz und zugleich einer praxisnahen Parteitätigkeit gab das Zentralsekretariat ein Handbuch über Umwelt-, Energie- und Verkehrsfragen heraus, das Kommunalpolitikern Informationen und Anregungen bieten soll.<sup>2</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 01.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die CVP lancierte die Initiative «Zivildienst für die Gemeinschaft», welche an der Militärflicht als Regel festhalten will, jedoch einen **zivilen Ersatzdienst von längerer Dauer als der Militärdienst im Falle einer Gewissensnot** vorsieht; eine **Gewissensprüfung ist nicht vorgesehen.**<sup>3</sup>

**GERICHTSVERFAHREN**  
DATUM: 02.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Eine bei der Bundesanwaltschaft eingereichte Strafanzeige der SP-Fraktion gegen die Verantwortlichen der Geheimorganisationen P-26 resp. P-27 **bewirkte bei den bürgerlichen Regierungsparteien** – genauso wie die armeekritische Haltung der SP – **Unmut**, der zu einer erneuten Diskussion über die Berechtigung einer SP-Regierungsbeteiligung führte.<sup>4</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 24.09.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im übrigen verabschiedete die Delegiertenversammlung der SP ebenfalls ein Manifest zur **Gleichstellung von Frau und Mann**. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Beruf und Politik soll in zehn Jahren erreicht werden. Als dritter Schwerpunkt wurde die **Lancierung von zwei Volksinitiativen im Bereich der Sicherheitspolitik** beschlossen. Unter den Titeln «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» resp. «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» wurden die Initiativen unter Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) sowie des Christlichen Friedensdienstes (CFD) im Mai lanciert. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und über zwanzig friedens- und entwicklungspolitische Organisationen unterstützten die Initiativen. Vor der Initiativlancierung stellte die Partei die «Grundlagen zur Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik» vor, welche eine Art Gegenvorschlag zum im April veröffentlichten «Sicherheitsbericht 90» des Bundesrates darstellten.

Bei der Würdigung des Sicherheitsberichtes im Ständerat stellte sich Miville (BS) gegen die allgemein kritische Haltung seiner Partei.<sup>5</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 22.02.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die CVP zog ihre 1990 lancierte **Volksinitiative «Zivildienst für die Gemeinschaft» kurz vor Ablauf der Frist zurück** und unterstützte den Verfassungsartikel zum Zivildienst, welcher im Mai zur Abstimmung gelangte.<sup>6</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 30.04.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Zusammenhang mit der Vorauszahlung von 50 Mio Fr. für die geplante Beschaffung der 34 F/A-18 Kampfflugzeuge drohte Parteipräsident Bodenmann, eine **Strafanzeige gegen Bundesrat Villiger** einzureichen. Seiner Meinung nach war das finanzielle Vorengagement des Bundesrats vor einem entsprechenden Parlamentsbeschluss widerrechtlich. Das Vorprellen Bodenmanns wurde sowohl **von den andern Regierungsparteien** als auch teilweise **intern heftig kritisiert**, unter anderem weil er mit seiner Drohung an die Öffentlichkeit gelangte, bevor das von der SP in Auftrag gegebene Rechtsgutachten abgeschlossen war. Bodenmann entschuldigte sich zwar vor dem Parteivorstand für sein Vorgehen, doch wurde die Regierungsbeteiligung der SP durch die bürgerlichen Bundesratsparteien erneut in Frage gestellt, nachdem die SP auch noch der GSoA-Initiative «Gegen den Kauf der F/A-18 Kampfflugzeuge» ihre Unterstützung zugesagt hatte.<sup>7</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 29.09.1997  
EVA MÜLLER

Im Juni wurde die von der SP lancierte Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» vom **Volk mit 77% Nein-Stimmen klar verworfen**. Auch der traditionelle SP-Partner, der SGB, hatte die Volksinitiative aus Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen nicht unterstützt. Beim Referendum zum dringlichen Bundesbeschluss über die Arbeitslosenversicherung, das die SP erst spät mitunterstützte, **erzielte sie gegenüber den bürgerlichen Parteien jedoch einen Abstimmungserfolg**. Um das Thema «Gen-Schutz-Initiative» – diese wird im Sommer 1998 zur Abstimmung kommen – frühzeitig zu besetzen, fasste der SP-Vorstand bereits im August die Ja-Parole. Die Gesamtpartei ist in dieser Frage aber gespalten. Im Sommer kam ausserdem die von der SP und Friedensorganisationen lancierte Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» zustande, die eine Halbierung des Militärbudgets fordert. Mit Unterstützung der Grünen brachte die SP weiter die Volksinitiative für die Einführung des konstruktiven Referendums zustande.<sup>8</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 08.10.2001  
MAGDALENA BERNATH

Im Oktober beschlossen die Sozialdemokraten an ihrer Delegiertenversammlung in Freiburg mit knappem Mehr Stimmgabe für die zweite Armeeabschaffungsinitiative der GSoA; die Geschäftsleitung hatte ein Ja empfohlen. Ausserdem lehnten sie gegen den Willen der Parteileitung das **Elektrizitätsmarktgesetz** mit einer Zweidrittelmehrheit ab. Die Parteileitung hatte den Entscheid hinausschieben und die Verordnung abwarten wollen.<sup>9</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 28.05.2005  
MAGDALENA BERNATH

In einem Grundsatzpapier kritisierte die SP die vom Bundesrat vorgeschlagene Anpassung der **Armee XXI**. Da die Hauptaufgabe der Armee aus linker Sicht nicht mehr in der autonomen Landesverteidigung, sondern im Engagement für friedensunterstützende Missionen der Staatengemeinschaft bestehe, schlugen die Sozialdemokraten die Bildung einer rund 1'500-köpfigen Task-Force vor, die permanent im Ausland eingesetzt werden könne. Zur Erfüllung der Grundaufgaben genüge eine Armee ohne allgemeine Wehrpflicht mit 50'000 statt der bisher 220 000 Angehörigen (12'000 Berufs- und Zeitsoldaten, 38'000 Soldaten bei der freiwilligen Miliz, 4'000 Zivilangestellte und 500 Lehrlinge); diese koste mit höchstens 2,5 Mia Fr. nur etwas mehr als die Hälfte der über 4 Mia Fr., welche zur Zeit aufgewendet würden.<sup>10</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 21.09.2011  
MARC BÜHLMANN

Uneinig war man sich in der CVP bei der **Militär- und Sicherheitspolitik**. CVP-Stände- und Nationalräte beurteilten Fragen wie die Höhe der Verteidigungsausgaben, die Grösse der Armee und den Zeitpunkt für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge äusserst unterschiedlich. Parteipräsident Darbellay ärgerte sich öffentlich über die „Armeefreunde“ in der kleinen Kammer, die für eine Aufstockung des Budgets und eine rasche Beschaffung der Flugzeuge votierten, nachdem sich die Partei in ihrer Wahlplattform für eine schlanke Armee ausgesprochen hatte. Schliesslich sorgten im Herbst dann aber auch rund drei Viertel der CVP-Nationalräte dafür, dass dem höheren Armeebudget zugestimmt wurde.<sup>11</sup>

**ANDERES**DATUM: 03.10.2011  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung in Biel Anfang Oktober beauftragten die Parteimitglieder ihre Spitze, dafür zu sorgen, dass der **Kampfflugzeugkauf** mit einer Volksabstimmung entschieden werde, egal ob mittels Referendum oder Initiative. In der Folge sammelte die SP Unterschriften für eine Petition gegen neue Kampffjets.<sup>12</sup>

**Linke und ökologische Parteien****POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**DATUM: 05.06.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die GP lehnte den sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates ab, da dieser die **Bedrohungssituation** bloss **richtig analysiere, jedoch falsche Schlüsse daraus ziehe** und in der militärischen Perspektive der **Sicherheitspolitik** verhaften bleibe. In einem eigenen sicherheitspolitischen Konzept schlug die GPS den UNO-Beitritt, eine verstärkte Teilnahme im Europarat, ein Kriegsmaterialausfuhrverbot und Beiträge der Schweiz an eine unabhängige Friedensforschung vor.<sup>13</sup>

**PARTEICHRONIK**DATUM: 14.09.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die lokalen, links-alternativen Organisationen, welche **ehemals unter der Bezeichnung Grünes Bündnis (GB)/Alternative socialiste verte (ASV)** eine Wahlplattform gefunden hatten, blieben in den Kantonen Zürich (Alternative Liste, Frauen macht Politik), Zug (Sozialistisch-Grüne Alternative Zug), Waadt (Alternative socialiste verte-Les verts alternatifs), Graubünden (Autunna verde), Schaffhausen (Grünes Bündnis Schaffhausen) und Bern (Grünes Bündnis Bern) bestehen. Sie **schlossen** sich im Berichtsjahr mit der **<POB-Grüne Baselstadt>** zur Wahlplattform «Die Andere Schweiz» (DACH) zusammen; die Programme der beteiligten Gruppierungen setzten je nach Kanton unterschiedliche Akzente, plädierten aber alle für die Abschaffung der Armee, gerechte Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt, eine weniger restriktive Asylpolitik und gegen den Beitritt zu Währungsfonds und Weltbank.<sup>14</sup>



**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 02.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Aufhorchen liess die AL Ende August mit ihrer **Nein-Parole zur GSoA-Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht**. Die Empfehlung wurde damit begründet, dass mit dem bestehenden Zivildienst niemand mehr obligatorisch Wehrdienst leisten müsse. Der Zivildienst als wichtiger Service an der Gesellschaft würde durch die Abschaffung der Wehrpflicht ebenfalls wegfallen. Zudem sei die mögliche Alternative einer Berufsarmee keine verlockende Vorstellung.<sup>15</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 11.10.2013  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung Mitte Oktober in Muttenz beschloss die GLP, das Referendum gegen den Kauf des **Kampfflugzeugs Gripen** zu ergreifen. Mit 64 zu 29 Stimmen bei 11 Enthaltungen folgten die Delegierten damit der vorgängigen Empfehlung der Bundeshausfraktion. Das neue Kampfflugzeug sei sicherheitspolitisch unnötig und finanzpolitisch unvernünftig – so das Hauptargument. Der Luftpolizeidienst könne auch zusammen mit den Nachbarländern organisiert werden. Die Opposition einer nicht-linken Partei gegen ein Beschaffungsvorhaben der Armee war dabei ein absolutes Novum in der Schweiz. Die GLP war allerdings dann bei der Sammlung der Unterschriften wesentlich weniger erfolgreich als Links-Grün und brach – nachdem klar war, dass die 50'000 Unterschriften bereits zusammen gekommen waren – die eigene Sammlung frühzeitig ab. Als Grund wurde die verspätete Organisation des Komitees angeführt.<sup>16</sup>

### **Liberale Parteien**

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.12.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**Parteipräsident Jaeger** (SG) hatte sich aber auch exponiert, als er mit verschiedenen Mitgliedern anderer Parteien an der Besetzung des Geländes des geplanten Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen (SG) teilnahm. Dies trug ihm anlässlich des Parteitages in Aarau vehemente **Kritik** namentlich von einigen Zürcher Delegierten ein; trotzdem wurde er mit 130 von 160 Stimmen für zwei weitere Jahre als Parteipräsident bestätigt. Der **wichtigste Geldgeber** der Partei, der Migros Genossenschaftsbund (MGB) **kündigte** dem LdU hingegen den 1979 abgeschlossenen Zusammenarbeitsvertrag auf Ende 1992; damit müsste der LdU inskünftig ohne den bisher von der Migros geleisteten jährlichen Beitrag von 3 Mio Fr. auskommen. Der MGB, in dessen fünfköpfiger Führungsspitze nur noch Jules Kyburz Mitglied des LdU ist, kritisierte das Vorgehen gegen den Zürcher Regierungsrat Gilgen und zeigte sich auch über Jaegers Solidarisierung mit den Besetzern des Baugeländes des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen und über die LdU-Unterstützung für die «Stopp dem Beton»-Initiative verärgert.<sup>17</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 29.08.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im LdU sorgten die **Asyl- und Drogenproblematik** für Unruhe, als Ständerätin und Parteipräsidentin Weber (ZH) eine **härtere Gangart gegen kriminelle Asylbewerber** forderte. Weber hatte sich im übrigen auch als Gegnerin der beiden Armeeeinitiativen (Waffenplätze und Kampfflugzeuge) innerhalb der Partei, welche diese beiden Begehren unterstützte, exponiert.<sup>18</sup>

### **Konservative und Rechte Parteien**

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 30.08.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Gegensatz zum Fraktionspartner **lehnte die EVP die beiden Armeevorlagen (Waffenplätze und Kampfflugzeuge), die Aufhebung des Spielbankenverbots sowie die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche ab**. Zu allen übrigen Vorlagen der eidgenössischen Abstimmungen empfahl sie die Ja-Parole.<sup>19</sup>

1) Presse vom 18.5.82, 21.6.82, 11.8.82, 14.8.82, 1.9.82, 12.11.82, 13.11.82 und 15.11.82; BaZ, 11.2.82, 9.3.82, 20.3.82, 30.4.82, 3.5.82, 17.5.82, 24.5.82, 29.5.82, 1.6.82, 19.6.82, 1.7.82, 6.7.82 und 27.12.82; TA, 27.2.82, 9.3.82, 11.3.82, 5.5.82, 18.5.82, 2.6.82, 19.6.82, 2.10.82, 19.11.82 und 20.11.82; NZZ, 27.2.82, 15.3.82, 15.5.82, 4.6.82, 1.7.82, 14.7.82, 21.8.82, 4.9.82, 7.9.82, 21.9.82, 23.9.82, 6.10.82 und 11.10.82; Vr, 2.2.82, 15.4.82, 13.5.82, 4.6.82, 8.7.82 und 25.8.82; Suisse, 28.3.82, 7.5.82 und 29.5.82; SP-Information, 18.1.82, 30.8.82, 17.5.82, 5.7.82, 13.9.82, 27.9.82 und 22.11.82; Woche, 2.3.82 und 12.3.82; LNN, 13.3.82 und 24.5.82; Blick, 17.3.82; Ww, 24.2.82 und 10.11.82; TW, 10.8.82; SGB-Pressedienst, 12.8.82; Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschaften, Informations-Bulletin, 15.2.82 und 25.3.82; Lib., 1.4.82, 19.4.82 und 3.5.82; TLM, 25.4.82.; Rote Revue/Profil, 61/1982, Nr. 4 und 10-12.; SPS (07/1982). Programmtextwurf 1982 und Text der Kommissionsminderheit zur Programmrevision.

2) Bund, 29.4.85; Sonntags-Blick, 12.5., 9.6.85; Blick, 14.5.85; TA, 10.6., 17.6.85; SP-Information, 30.9.85; SGT, 12.10.85.; Handbuch SPS/PSS (1985). Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik in der Gemeinde. Ein Handbuch für Kommunalpolitiker.: Rote Revue, 64/1985

3) Presse vom 14.5.90; Vat. vom 1.9.90

4) TW vom 30.4.91; BZ vom 1.5.91; TA vom 2.5.91

- 5) AB SR, 1991, S. 749 f.; BBl, 1991, Band II, S. 444 ff.; BBl, 1991, Band II, S. 448 ff.; Presse vom 4.3.91, 8.5.91 und 28.5.91, NZZ vom 28.1.90 und 25.2.91
- 6) BZ vom 22.2.92
- 7) Freisinn FDP, 1992, Nr. 5; Sonntagsblick vom 26.4.92; Presse vom 27.4.92; TA vom 28.4.92; BZ vom 29.4.92; Ww vom 30.4.92; BzZ vom 2.4.92; L'Hebdo vom 30.4.92
- 8) Presse vom 9.6., 25.8. und 29.9.97; NZZ, 17.6.97
- 9) Presse vom 8.10.01.
- 10) BaZ, 26.5.05; NZZ, 28.5.05.
- 11) TA, 7.7.11; NZZ, 16.8.11; SGT, 2.9.11; SN, 17.9.11; TA, 21.9.11.
- 12) Presse vom 3.10.11.
- 13) AB NR, 1991, S. 910 f.; Presse vom 29.5.91
- 14) NZZ und TA vom 14.9.91
- 15) NZZ, 2.9.13.
- 16) AZ, 12.9. und 13.9.13; Blick, 2.10.13; NZZS, 13.10.13; NZZ, 14.10.13; AZ, 11.12.13.
- 17) BaZ vom 12. und 14.7.90; BZ vom 13.7.90; Presse vom 20.12.90
- 18) SoZ vom 29.8.93
- 19) NZZ, 8.2. und 25.10.93; BZ, 30.8.93.; Parolen 1993